

| | |
|---------------------|---|
| Zeitschrift: | Vermessung, Photogrammetrie, Kulturtechnik : VPK = Mensuration, photogrammétrie, génie rural |
| Herausgeber: | Schweizerischer Verein für Vermessung und Kulturtechnik (SVVK) = Société suisse des mensurations et améliorations foncières (SSMAF) |
| Band: | 95 (1997) |
| Heft: | 4 |
| Artikel: | Erstreckung der Altersgrenze für landwirtschaftliche Direktzahlungen |
| Autor: | Bernhard, Roberto |
| DOI: | https://doi.org/10.5169/seals-235332 |

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erstreckung der Altersgrenze für landwirtschaftliche Direktzahlungen

Das Bundesgericht hat sich zu den Voraussetzungen geäussert, unter denen ausnahmsweise – in «begründeten Fällen» – Direktzahlungen an die Landwirte bis fünf Jahre über die AHV-Altersgrenze hinaus bewilligt werden können.

Le Tribunal fédéral s'est prononcé sur les conditions dans lesquelles, exceptionnellement, – dans des «cas justifiés» – des paiements directs peuvent être alloués à des agriculteurs jusqu'à cinq ans au-delà de la limite d'âge de l'AVS.

Il Tribunale federale si è espresso in merito ai presupposti con cui eccezionalmente – in «casi motivati» – possono essere concessi dei pagamenti diretti agli agricoltori, fino a cinque anni oltre il limite di età AVS.

R. Bernhard

Gemäss Artikel 31a des eidg. Landwirtschaftsgesetzes richtet der Bund zur Sicherung eines angemessenen Einkommens bäuerlichen Bodenbewirtschaftern ergänzende Direktzahlungen aus, um ihnen ein angemessenes Einkommen zu sichern. Nach Art. 31b Absatz 4 des Gesetzes kann der Bundesrat für die Bezieher eine Altersgrenze festsetzen. Dies hat er in Art. 9 der Verordnung über ergänzende Direktzahlungen in der Landwirtschaft (DZV) vom 26. April 1993 getan. Während er die DZV rückwirkend auf den 1. Januar 1993 in Kraft setzte, tat er dies für den Art. 9 erst auf den 1. Januar 1994. Mit der Änderung der DZV vom 15. Februar 1995 (rückwirkend in Kraft gesetzt auf den 1. Januar 1995) erhielt Art. 9 eine andere Fassung. In beiden Fassungen hatte indessen der Bundesrat die Alterslimite, bis zu der die Direktzahlungen ausgerichtet werden, auf das AHV-Alter festgelegt. Ausnahmen sind in «begründeten Fällen» möglich.

Klärung unbestimmten Rechtsbegriffes

Hierbei handelt es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff, der seinen Inhalt

aus dem Sinn und Zweck der Vorschrift sowie der Stellung im Gesetz und im Rechtssystem gewinnt und der Konkretisierung durch die rechtsanwendenden Behörden bedarf. Das Bundesamt für Landwirtschaft hat am 27. April 1993 und am 3. Februar 1994 Erläuterungen zur DZV erlassen. Danach sollen Ausnahmen nur gewährt werden, wenn die Hofübergabe aus bestimmten Gründen momentan nicht möglich ist. Dies sei etwa der Fall, wenn sich der Nachfolger noch in landwirtschaftlicher Ausbildung befindet oder noch minderjährig ist. Einen «begründeten» Ausnahmefall erblickt das Bundesamt auch, wo die Hofübergabe infolge unverschuldeten Umstände (Brandfall, Krankheit, Todesfall usw.) nicht möglich ist oder die Hofübergabe zwar eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen ist (erbrechtliche Auseinandersetzung usw.). Derartige Richtlinien entfalten zwar keine Rechtskraft und binden das Bundesgericht nicht. Wenn sie aber mit dem Gesetzes- und Verordnungsrecht vereinbar sind und sich als vernünftig und sachgerecht erweisen, so berücksichtigt das Bundesgericht dieselben als Mittel zum Erzielen einer einheitlichen Praxis. Die Direktzahlungen wurden vom Bundesrat für den Regelfall an den Zeitraum geknüpft, in dem üblicherweise eine

Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Es erschien dem Bundesgericht (II. Öffentlich-rechtliche Abteilung) sachgerecht, für die Annahme eines «begründeten» Ausnahmefalles darauf abzustellen, dass die Aufgabe der Erwerbstätigkeit bzw. die Hofübergabe zwar in naher Zukunft erfolgen wird, momentan aber noch nicht möglich ist. Eine grosszügigere Auslegung wäre systemwidrig; die Förderung des Strukturwandels in der Landwirtschaft würde missachtet.

Unerfüllte Voraussetzungen

Im vorliegenden Fall ging es um eine allfällige spätere Übergabe des Hofes an einen Enkel. Dieser war im massgebenden Zeitpunkt erst 13 1/2 Jahre alt. Die Betriebsübernahme erschien daher sowohl ungewiss als auch nicht unmittelbar bevorstehend. Wohl war der Enkel bis zum Zeitpunkt der bundesgerichtlichen Beurteilung 16 Jahre alt geworden. Indessen müssen die Beitragsvoraussetzungen in dem Zeitraum erfüllt sein, für den sie geltend gemacht werden (vgl. Art. 12 Abs. 4 DZV). Dieser Moment fiel aber auf den Zeitpunkt, in dem die tiefere Altersangabe bezüglich des Enkels zutraf. Zudem kann gerade bei einer nichtlandwirtschaftlichen Ausbildung nicht von einer konkret geplanten und kurz bevorstehenden Betriebsübergabe gesprochen werden. Das Bundesgericht hielt daher in dem Verwaltungsbeschwerdeverfahren daran fest, dass im vorliegenden Fall keine Voraussetzung für eine Ausdehnung der Direktzahlungen über das AHV-Alter der Gesuchsteller erfüllt sei. (Nicht in die amtliche Entscheidssammlung gelangendes Urteil 2A.124/1996 vom 17. September 1996.)

Dr. iur. Roberto Bernhard
Mythenstrasse 56
CH-8400 Winterthur